

„Energiewende“ einhergehenden strukturellen Veränderungen interessant: So wird die geschlechtshierarchische Trennung zwischen öffentlich und privat zumindest irritiert, indem aus Konsument*innen Produzent*innen werden, wie der Begriff der Prosument*innen verdeutlicht.⁷

„Indem also andere materiell-physische Prozesse und neue technische Systeme auf gesellschaftliche Prozesse einwirken („Doing Nature“), verändern sich gesellschaftliche Natur- und Geschlechterverhältnisse („Doing Gender““ (Kanning u.a. 2016: 223).⁸

Die Transformation des Energiesystems birgt also zumindest das Potenzial, dass hierarchische Trennungsstrukturen an Bedeutung verlieren, dass das vormals Abgespaltene sichtbar wird. Doch wird die bundespolitische Gesetzgebung diesen Potenzialen gerecht oder steht sie ihnen eher entgegen?

Vor dem Hintergrund des sich hier abzeichnenden Problemfeldes führe ich im vorliegenden Kapitel in den Gegenstand meiner Arbeit sowie in die der Arbeit zugrunde liegenden Forschungsfragen (1.1) ein, nehme eine theoretische Verortung meiner Arbeit sowie damit zusammenhängend eine Positionierung vor (1.2) und präsentiere die Struktur der Arbeit (1.3). Der zugrunde liegende aktuelle Forschungsstand fließt dabei in alle Unterkapitel mit ein.

1.1 GEGENSTAND UND FORSCHUNGSFRAGEN

In einer Befragung von 54 Expert*innen aus dem Bereich der Energiepolitik kommen Joas u.a. (2014, 2016) zu dem Schluss, dass die politischen Ziele der „Energiewende“ sowie ihre Rangordnung unklar seien. Während die Befragten überwiegend Klimaschutz priorisierten, werde in den politischen Debatten des Bundestags vor allem „das energiepolitische Zieldreieck aus Wirtschaftlichkeit [bzw. Bezahlbarkeit], Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit“ hervorgehoben (Joas u.a. 2014: 7). Im Rahmen des Projektes „TraVo: Vorsorgendes Wirtschaften. Transformationen in Ökonomie und Politik“ wurde anhand von 7 Leitfadengestützten Interviews⁹ mit Expert*innen, die Zugang zu parlamentarischen Entscheidungsprozessen haben, eine Sondierungsstudie durchgeführt (vgl. Amri-Henkel u.a. 2017). Diese kam zu dem Schluss, dass die interviewten Politikexpert*innen zwar alle von der Notwendigkeit

7 Auf den theoretischen Hintergrund gesellschaftlicher Natur- und Geschlechterverhältnisse wird im Verlauf der Einleitung noch eingegangen.

8 Ob dabei allerdings neue Geschlechterhierarchien entstehen bleibt gemäß den Autorinnen zunächst noch offen.

9 Die Interviews wurden zwischen Ende 2015 und Anfang 2016 durchgeführt. Interviewt wurden Vertreter*innen aus einer Gewerkschaft, einem Umweltverband, einem Sachverständigenrat, einem Forschungsinstitut, einem industriellen Interessensverband, einem großen Energiekonzern sowie ein*e Politiker*in aus dem Bundestag.

einer gesellschaftlichen Transformation¹⁰ im Zusammenhang mit einer „Energiewende“ ausgingen, dies aber in den parlamentarischen politischen Entscheidungsprozessen nicht repräsentiert sahen. So seien sozial-ökologische Themenbereiche in den politischen Entscheidungsprozessen wenig präsent, während ein starker Fokus auf dem Strombereich sowie auf den Kosten erneuerbarer Energien liege – ein Fokus, der soziale Gerechtigkeit mitunter konterkariere. In aktuelleren politischen Entwicklungen, wie den Novellierungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes EEG 2014 und 2016/17¹¹, mit denen das sogenannte Ausschreibungsdesign¹² eingeführt wurde, sahen die Interviewten eine Gefahr für die Errungenschaften der „Energiewende“, unter denen vor allem Bürger*innenbeteiligung und Dezentralisierung als maßgeblich benannt wurden. Während die Politik in der Wahrnehmung der Befragten in den ersten Jahren der „Energiewende“, die sie bundespolitisch im Zeitraum der rot-grünen Bundesregierung verorteten, eine gestaltendere Rolle eingenommen habe, „werden politische Entscheidungen nun zunehmend auf den Markt verlagert“ (Amri-Henkel u.a. 2017: 14). Das politische Engagement der Befragten, d.h. ihre Einflussnahme auf parlamentarische Entscheidungsprozesse, konzentrierte sich in der Folge auf eine verfahrenspolitische¹³ Ebene, auf der versucht wurde, aktuelle parlamentarische Entscheidungsprozesse, bspw. im Kontext des EEG, zu modifizieren. Trotz ihrer Überzeugung von der Notwendigkeit einer grundsätzlicheren Transformation sahen sie demnach anscheinend keine Möglichkeit, entsprechende Wertvorstellungen einzubringen (ebenda).

„Wie kaum ein anderes Politikfeld war die deutsche Energiepolitik auch durch – teilweise sehr heftige – Konflikte geprägt“ (Reusswig u.a. 2017: 1) heißt es im Abschlussbericht des Projektes „Energiekonflikte“, eines von 33 Projekten im Rahmen des FONA-Forschungsprogramms „umwelt- und gesellschaftsverträgliche Transfor-

-
- 10 Dabei unterschied sich das Verständnis von Transformation zwischen den Interviewten. Unterschiede lagen bspw. in der Ablehnung oder Befürwortung von Wirtschaftswachstum oder der kapitalistischen Wirtschaftsweise insgesamt.
 - 11 Das EEG 2017 (www.bmwi.de – EEG 2017) wurde im Bundestag zunächst unter der Bezeichnung EEG 2016 diskutiert (www.bmwi.de – EEG 2016). Im Juli 2016 wurde es in EEG 2017 umbenannt. Um Verwechslungen zu vermeiden, wähle ich im Folgenden die Bezeichnung EEG 2016/2017.
 - 12 Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie BMWi schreibt 2016 zum Ausschreibungsmodell: „Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz 2014 (EEG 2014) haben wir bereits grundlegende Weichenstellungen vorgenommen, um die Erneuerbaren planbar und verlässlich ausbauen und sie fit für den Markt zu machen. Das EEG 2017 läutet nun die nächste Phase ein – und die ist ein Paradigmenwechsel: Die Vergütungshöhe des erneuerbaren Stroms wird ab 2017 nicht wie bisher staatlich festgelegt, sondern durch Ausschreibungen am Markt ermittelt werden. Denn die erneuerbaren Energien sind erwachsen geworden – und fit genug, sich dem Wettbewerb zu stellen“ (www.bmwi.de – EEG 2017; wettbewerbliche Vergütung).
 - 13 Als verfahrenspolitisch werden im Folgenden politische Praktiken bezeichnet, die nicht auf einer Paradigmenebene zu verorten sind, sondern auf das Funktionieren, das Optimieren und die Verwaltung politischer Praktiken gerichtet sind, also bestehende Verhältnisse nicht grundsätzlich in Frage stellen.

mation des Energiesystems“ (s.u.). Dies zeige sich u.a. in den wechselnden „Beschlusslagen zum sog. Atomausstieg auf Bundesebene seit 1998“, die eine Nachwirkung der vorausgegangenen gesellschaftlichen Konflikte um die Kernenergie seien (Reusswig u.a. 2017: 1). Ohlhorst u.a. (2014) kommen in einer Analyse der Governance-Struktur der „Energiewende“ im Mehrebenensystem zu dem Schluss, dass es „an einer eindeutigen Führungs- bzw. Koordinationsleistung des Bundes hinsichtlich der anvisierten Richtung der Systemtransformation“ fehle (ebenda: 96). „Im Wesentlichen sollen marktwirtschaftliche Instrumente die Systemintegration der Erneuerbaren vorantreiben“, während eine strategische Planung bspw. bezüglich einer Dezentralisierung nicht erkennbar sei (ebenda). Zahlreiche weitere Kritikpunkte an der politischen Umsetzung der „Energiewende“ lassen sich aus aktuellen Forschungsarbeiten ableiten: In einem 2014 zur Zukunft der deutschen „Energiewende“ veröffentlichten Artikel kritisiert ein Zusammenschluss von Forscher*innen der Helmholtz-Gemeinschaft eine reduktionistische Betrachtung der „Energiewende“ in der öffentlichen und politischen Debatte. So fokussiere diese auf den Strombereich, dabei insbesondere auf das EEG und die damit zusammenhängenden Kosten, obwohl eine langfristige systemische Perspektive politisch notwendig sei (Gawel u.a. 2014: 1): „This reductionism blocks our view both for the socioeconomic connections and for the real challenges to energy policy“ (ebenda: 2). Auch Biesecker/von Winterfeld (2016: 35) kritisieren, „dass die Energiewende meist in technologischer und kostenbasierter ökonomischer Perspektive betrachtet und auf diese reduziert wird“. Aus feministischer Perspektive hinterfragen sie, wie regenerativ die „Energiewende“ tatsächlich angelegt sei. Aus dieser Perspektive fordere das Prinzip der Nachhaltigkeit zum Sorgen auf. „Die Sorge um und für die Regenerationsfähigkeit der Lebensgrundlagen“ spiele jedoch außerhalb feministischer Arbeiten in der Debatte um „Energiewende“ kaum eine Rolle (ebenda). So werde „die soziale Dimension des Nachhaltigkeitsprinzips“ von den Vorsitzenden der Parteien CDU, CSU und SPD ausgeblendet (ebenda). Die aktive Beteiligung privater Akteur*innen an der „Energiewende“, z.B. als Stromproduzent*innen komme nicht in den Blick, stattdessen werden diese auf ihre Funktion als Marktakteur*innen (Kund*innen) reduziert oder als widerständige Bürger*innen als Hindernis für die „Energiewende“ konstituiert. Auch vorsorgende, intergenerationale Perspektiven kommen zu kurz (ebenda). Biesecker/von Winterfeld (2016: 36) fürchten, dass die „Energiewende“ in den bislang zum großen Teil unhinterfragten „sozialen, kulturellen, ökonomischen und politischen Traditionen und Strukturen“ stecken bleiben könne. Rosenkranz (2012) kritisiert, dass die schwarzgelbe Bundesregierung (2009-2013) die „Energiewende“ durch einen Fokus auf die Kostendebatte sowie eine ungerechte Verteilung der Kosten absichtlich diskreditiert habe, um ihre wahlstrategischen Interessen durchzusetzen. So konnte sich die Bundesregierung als Initiatorin der „Energiewende“ präsentieren, während sie diese gleichzeitig entleere: „Sie führen die Energiewende im Munde und bremsen sie gleichzeitig aus“ (ebenda: 101). Gleichzeitig wird der Bundespolitik bei der „Energiewende“ aber eine herausragende Rolle zugeteilt. Eine sprachlich-semantische Untersuchung über die mediale Berichterstattung zur „Energiewende“ in 121 Millionen Artikeln von Tages- und Wochenzeitungen zwischen 1986 und 2011 von Dernbach (2015: 28ff.) kommt zu dem Schluss, dass „Energiewende“ in den Medien überwiegend als Aufgabe der Politik gesehen wird. Nicht nur die hier exemplarisch genann-

ten Untersuchungen werfen die Frage auf, ob die energiepolitische Gesetzgebung in Deutschland bisher diesem Anspruch gerecht wird.

Aus den beschriebenen Konfliktfeldern lässt sich bereits ableiten, dass eine Bestimmung des Begriffs „Energiewende“ weder einheitlich noch eindeutig erfolgt, obwohl es sich um ein erklärtes Ziel gesetzgeberischer Prozesse handelt. Ähnlich verhält es sich mit dem Begriff der ‚Transformation‘, der – wie Czada/Radtke (2018: 70) zeigen – mit dem Begriff der ‚Wende‘ zwar nicht identisch ist, aber dennoch häufig im Konzept von „Energiewende“ enthalten zu sein scheint. Die Spezifität des Begriffes „Energiewende“ im Deutschen zeigt sich auch dadurch, dass es keine adäquate Übersetzung ins Englische gibt. Weder ‚energy transition‘ noch ‚energy transformation‘ sind bedeutungsidentisch, weshalb der Begriff „Energiewende“ häufig ins Englische übernommen wird. Angesichts der begrifflichen Unschärfe von „Energiewende“ in der politischen Auseinandersetzung werfen Czada/Radtke (2014) die Frage auf, „ob die ‚Energiewende‘ wirklich existiert oder [...] nur eine magische Formel darstellt, eine gefällende Phrase, die mit hochgeschätzten aber weitgehend inhaltsleeren Handlungsorientierungen verbunden ist“ (ebenda: 46). Sie sehen politikwissenschaftlichen Forschungsbedarf nicht nur bezüglich von Diskurszusammenhängen und begrifflicher Schärfung, sondern auch bezüglich mit „Energiewende“ zusammenhängender politischer Praktiken¹⁴ (ebenda). An diesem Punkt knüpfe ich mit meiner Arbeit an und möchte zur Schließung dieser Lücke beitragen, wie ich im Folgenden näher ausführe.

Seit Veröffentlichung des WBGU-Gutachtens 2011 haben zahlreiche einzelne Arbeiten „Energiewende“ im Kontext von Transformation diskutiert (vgl. z.B. Amri-Henkel/Hofmeister 2018; Graf u.a. 2018 ;Müller 2012; Göllinger/Gasnig 2016; Haas 2017; Neukirch 2018; Czada/Radtke 2018; Mautz 2017; Hanke/Best 2013; Exner u.a. 2016; Flämig/De Maiziére 2016; Schlacke/Kröger 2015). Zwischen 2013 und 2016 erforschten darüber hinaus 33 Projekte im Rahmen des FONA-Forschungsprogramms des Bundesministeriums für Bildung und Forschung BMBF eine „umwelt- und gesellschaftsverträgliche Transformation des Energiesystems“. Förderthemen waren Entwicklungsoptionen für das Energiesystem, Partizipation und Governance (www.transformation-des-energiesystems.de). Sowohl „Energiewende“ als auch Transformation bleiben allerdings auch in neueren Forschungsarbeiten häufig begrifflich unbestimmt, ebenso bezüglich der Beziehung zwischen beiden Begriffen. So wird meistens „Energiewende“ als Bestandteil von Transformation implizit vorausgesetzt (auch umgekehrt ist es oft der Fall) und die begriffliche Unschärfe von „Energiewende“ zum Teil reproduziert. Dadurch können die Verhältnisse, in die sowohl „Energiewende“ als auch Transformation begrifflich eingebunden sind, nicht in den Blick kommen. Nur wenige Arbeiten leisten eine systematischere Analyse von „Energiewende“ als Teil von Transformation und nehmen dabei ihre Zusammenhänge (z.B. gesellschaftliche Naturverhältnisse) in den Blick (vgl. z.B. Grasselt 2016;

14 Als politische Praktiken bezeichne ich in der vorliegenden Arbeit – vor dem Hintergrund meiner in Kapitel 2 (Diskurstheorie) erläuterten diskurstheoretischen Perspektive – Praktiken, die sich aus dem politischen Diskurs ergeben und gleichzeitig Teil von ihm sind. In ihnen materialisiert sich der politische Diskurs, bspw. in Form von Gesetzen, Beschlüssen oder Handlungsweisen politischer Akteur*innen.

Haas 2017; Neukirch 2018; Sander 2016). Haas (2017) untersucht mit einer politisch-ökonomischen Policy-Analyse der „Energiewende“ zentrale Parameter im Vergleich zwischen Spanien und Deutschland sowie der EU und kommt dabei zu dem Schluss,

„dass stabile ökonomische Kontextbedingungen, eine aktive Einbindung der Zivilgesellschaft bei gleichzeitiger Delegitimierung des alten, fossil- nuklearen Energiesystems und eine vergleichsweise große Responsivität der Staatsapparate gegenüber gesellschaftlichen Forderungen einen energetischen Wandel begünstigen“ (ebenda: 287).

So weist die „Energiewende“ in Deutschland wichtige Aspekte einer Transformation auf (ebenda: 289). Unter Transformation versteht er eine grundlegende „Transformation der bestehenden gesellschaftlichen Naturverhältnisse“ und betrachtet sie als für die „Herstellung guter Lebensverhältnisse“ notwendig (ebenda: 301). Gleichzeitig stellt er aber fest, dass die Krisenbearbeitung auf europäischer Ebene dafür nicht ausreiche und eher in Richtung eines autoritären Neoliberalismus weise, in dem sich „Elemente eines grünen Kapitalismus“ sowie vereinzelt „Elemente eines Green New Deals und einer sozial-ökologischen Transformation“ zeigen (Haas 2017: 301). Neukirch (2018) untersucht „die Transformation des deutschen Energiesystems im Zeitraum 1974 – 2017 als einen Konflikt zweier Großkoalitionen“ (ebenda: 1). Er unterscheidet dabei zwischen Etablierten, die für das herkömmliche Energiesystem stehen und Herausforderern, die eine „Energiewende“ fordern. Neukirch (2018) nimmt eine akteurszentrierte Perspektive ein und sieht die „Energiewende“ als Ergebnis dieses Konflikts. Nach 2010 wandelte sich demnach die Koalition der „Etablierten“ und befürwortete nun die „Energiewende“, während Teile der Herausforderer sich ebenfalls mit etablierten Akteur*innen zusammenschlossen und eine „Green-Growth-Koalition“ bildeten. Die etablierte Koalition versuchte so alte Machtverhältnisse wiederherzustellen, was ihr zumindest teilweise auch gelang (ebenda: 25ff.).

Hendrik Sander (2016) stellt in seiner Dissertation die Frage, ob mit „Fukushima“ tatsächlich ein Umbau des Energiesystems eingeleitet wurde und ob dies im Kontext eines grünen Kapitalismus interpretiert werden kann. Er führt dazu eine historisch-materialistische Policy-Analyse der 17. Legislaturperiode durch und fokussiert dabei insbesondere die Rolle von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Sander kommt zu dem Schluss, dass die „Energiewende“ nicht im Kontext eines grünen Kapitalismus gesehen werden kann, da ein Interesse an einer Ökologisierung der Energieversorgung bei zentralen Akteur*innen nicht bestehe. Stattdessen sei es nach „Fukushima“ zu einer Festigung von Herrschaftsverhältnissen einhergehend mit einer Stärkung der Macht der Regierung Merkel gekommen. Der Regierung Merkel sei es gelungen den „Energiewende“ Begriff gemäß der eigenen politischen Interessen zu besetzen und so die „Deutungshoheit und Kontrolle über die Entwicklungsrichtung der Naturaneignung im Energiebereich zu übernehmen“ (ebenda: 260).

Die genannten Arbeiten leisten einen umfangreichen Überblick über die Akteur*innen der deutschen Energiepolitik, ihre Interessen und ihr Wirken im Kontext

von Wandel.¹⁵ Um einen tiefergehenden Einblick in das Verständnis bzw. die Vorstellungen von „Energiewende“ und die Bedeutung dieser Vorstellungen für gesellschaftlichen Wandel oder auch Transformation sowie in zeitliche Veränderungen zu erhalten, sind Diskursanalysen hilfreich. Diskurse werden dabei in der vorliegenden Arbeit im Anschluss an Foucault (1974) als wirklichkeitskonstituierend begriffen, d.h. ihnen wird für die Möglichkeit von Veränderung eine zentrale Bedeutung beigemessen.¹⁶ Hermwille (2016: 237ff.) untersucht am Beispiel von Energie-Narrativen¹⁷ nach „Fukushima“ im Vergleich zwischen Japan, Deutschland und Großbritannien, welche Rolle Narrative im Kontext von Wandel spielen können. Während in Großbritannien kein entsprechendes Narrativ erfolgreich gewesen sei, habe sich in Deutschland das Narrativ, dass Atomkraft eine unkontrollierbare Gefahr darstelle, durchgesetzt. Grasselt (2016) analysiert den energiepolitischen Diskurs der schwarz-gelben Bundesregierung zwischen 2009 und 2013 sowie Medienbeiträge, die deren Energiepolitik adressieren. Sein Ziel ist es, die Argumentationen, mit denen die Regierung auf den energiepolitischen Diskurs einwirkte, zu identifizieren (ebenda: 29). Er stellt fest, dass sich die Bundesregierung auf „vergangenheitsbedingte Weichenstellungen und Leitbilder in den beteiligten Politikpfaden“ berief, die Politikwandel verhinderten, da „andere Determinanten die Grundausrichtung des Handlungspfades prägen“ (ebenda: 428). Daher werden technologische und ökonomische Lösungen mit „den damit verbundenen Rationalisierungen“ bevorzugt (ebenda). Lauber/Jacobsson (2016: 147ff.) untersuchen den Wandel des Diskurses um Kosten erneuerbarer Energien im Kontext des EEG und kommen zu dem Schluss, dass kurzfristige, reduktionistische Narrative in den letzten Jahren dominant wurden. Dadurch stehe die Last erneuerbarer Energien im Vordergrund, während externe Kosten konventioneller Energieversorgung ignoriert würden.

Was den Stand der Forschung betrifft, so ist festzustellen, dass die genannten Arbeiten auf einer Mischung aus inhalts- und diskursanalytischen¹⁸ Vorgehensweisen aufbauen und sich teilweise auf der Ebene von Sprach- und Kognitionsforschung verorten (Grasselt 2016: 43). Eine systematische Diskursanalyse des „Energiewende“-Diskurses im Kontext von Transformation steht vor dem Hintergrund poststruk-

15 Wenn in diesem Kapitel von Wandel gesprochen wird, so meint dies gesellschaftliche Veränderungen, die nicht unbedingt politisch gesteuert sind oder mit tiefgreifenderen strukturellen Veränderungen einher gehen. Wandel kann zum Beispiel durch Bewusstseinsveränderungen, bzw. Veränderungen von Ansichten oder Lebensstilen initiiert werden. Ähnlich der Begriffe „Energiewende“ und Transformation bleibt in der Transformationsforschung auch Wandel ein überwiegend vages Konzept, das häufig begrifflich gar nicht bestimmt wird.

16 Eine genauere Definition des der Arbeit zu Grunde liegenden Diskursbegriffes erfolgt in Kapitel 2.3.

17 Hermwille (2016: 238) definiert Narrative im Anschluss an Roe (1994) als „simple stories that describe a problem, lay out its consequences and suggest (simple) solutions“. In der vorliegenden Arbeit wird der Begriff Narrativ synonym mit ‚sinnstiftender Erzählung‘ verwendet (vgl. auch www.duden.de).

18 Für eine Erläuterung des widersprüchlichen Verhältnisses poststrukturalistischer Diskurstheorie zur Inhaltsanalyse vgl. Kapitel 2 (Diskurstheorie).

turalistischer Diskurstheorie noch aus. Die poststrukturalistische Diskurstheorie zeichnet sich dadurch aus, dass sie auf das Herausarbeiten von wirklichkeits- und identitätskonstituierenden Trennungsstrukturen fokussiert.¹⁹ In diesem Sinne erweitere ich unter der Anwendung der Diskurstheorie nach Laclau/Mouffe (2015)²⁰ (vgl. Kapitel 2) das Forschungsspektrum im Bereich der Diskursanalysen zur „Energiewende“.

Im Rahmen der im Projekt „TraVo“ (s.o.) durchgeführten Expert*inneninterviews wurde deutlich, dass sich zahlreiche außerparlamentarische bundespolitische Akteur*innen in ihrer Arbeit zur „Energiewende“ maßgeblich daran orientieren, was im Bundestag jeweils aktuell auf der Agenda steht (Amri-Henkel u.a. 2017). Der parlamentarische Diskurs hat demnach großen Einfluss auf gesamtgesellschaftliche Sagbarkeitsräume. Schwab-Trapp (2001: 271ff.) bezeichnet die Mitglieder des Deutschen Bundestags als „diskursive Eliten“. Sie verfügen über das „symbolische Kapital“, das ihnen Gehör und Gewicht verschaffe (ebenda: 272). Sie können somit Diskurse beeinflussen und zur Veränderung oder Verfestigung kollektiv anerkannter Sichtweisen beitragen (ebenda). Dem parlamentarischen Diskurs kommt auch dadurch eine besondere Bedeutung zu, dass sich die daraus folgenden Entscheidungen in Form von Gesetzen materialisieren und so Veränderungen unmittelbar herbeigeführt werden. Van Dijk (1992: 201) bezeichnet parlamentarische Diskurse aufgrund ihrer besonderen Funktion zudem als „Schaufenster-Diskurse“, da es sich nicht um Debatten im eigentlichen Sinn handelt. Die Abläufe sind hochgradig formalisiert und Redebeiträge im Parlament werden in der Regel in erster Linie nicht zum Austausch von Argumenten, sondern für eine breite Öffentlichkeit gehalten. Sprache wird hier hochgradig strategisch eingesetzt. Nach Hombach (1991) gehe es um die Definitionsmacht von Begriffen und um das Aufwerten eigener Positionen im Gegensatz zur Abwertung anderer. Ziel sei die positive oder negative Besetzung von Begriffen in Verbindung mit eigenen politischen Inhalten sowie die eigenen Deutungen auch in eine breitere Öffentlichkeit auszustrahlen (Hombach 1991: 34ff.). Die Art und Weise wie im Bundestag „Begriffe besetzt“²¹ werden hat dabei unmittelbare Wirkung auf die praktische Politik und somit auf die Lebenswelt aller in Deutschland lebenden Menschen²² (Klein u.a. 1991: 44ff.). Aufgrund der dargelegten herausragenden Stellung der Bundestagsdebatten zur Energiepolitik, stellen diese den Gegenstand meiner Diskursanalyse dar.

-
- 19 Weber (2018) analysiert vor dem Hintergrund der Diskurstheorie nach Laclau/Mouffe (2015) Konflikte um Landschaft im Kontext der „Energiewende“, dabei liegt der Fokus allerdings auf der Konstitution von Landschaft. Bedall (2014) analysiert Klimadiskurse mit Hilfe der Laclau/Mouffe’schen Diskurstheorie.
 - 20 Ich beziehe mich dabei auf die 5. Auflage der deutschen Übersetzung des 1985 im Englischen erschienen Werkes ‚Hegemony and Socialist Strategy‘.
 - 21 Dass die Politiker*innen des Bundestags natürlich selbst nicht außerhalb des Diskurses stehen, sondern Teil von ihm sind, wird später noch ausgeführt (vgl. Kapitel 2 Diskurstheorie).
 - 22 Klein u.a. (1991: 44ff.) verdeutlichen dies bspw. anhand der Begriffe ‚Soziale Marktwirtschaft‘, ‚Chancengleichheit‘, ‚Gerechtigkeit‘, ‚Anschluss‘/‚Beitritt‘ (der DDR zur Bundesrepublik), etc.

Bereits Leipprand u.a. (2017) untersuchen die Entwicklung von energiepolitischen Diskursen und ihrer Story-Lines²³ in deutschen Parlamentsdebatten zwischen 1980 und 2011 inhaltsanalytisch. Sie zeigen dabei wie sich der Diskurs gewandelt hat, wie er entradikalisiert wurde, sich in die vorherrschende ökonomische Logik einfügte und gerade deswegen so erfolgreich wurde (Leipprand u.a. 2017: 283ff.). Die Studie deutet darauf hin, dass der Begriff „Energiewende“ nach 2011 zwar Konsens im Parlament wurde, sich die „Stories“²⁴ die unter diesem Begriff erzählt wurden, aber weiterhin unterschieden. Mitglieder von CDU/CSU/FDP schienen sich eher unwillig unter dem Begriff der „Energiewende“ zu versammeln, da dies nicht länger vermeidbar war. Leipprand u.a. (2017: 298ff.) verweisen hier auf weiteren Forschungsbedarf: Spiegelt der diskursive Wandel von CDU/CSU/FDP einen Wandel grundsätzlicher Wertvorstellungen im Bundestag wider? Adressieren neuere Story-Lines die Konflikte, die sich unter dem Begriff der „Energiewende“ im Parlament verbergen? Diese Fragen greife ich in meiner Arbeit mit dem Ziel auf, die Erkenntnisse der Studie diskursanalytisch zu ergänzen und zu vertiefen.

Ich möchte dadurch zur begrifflichen Schärfung von „Energiewende“ beitragen und dekonstruiere zunächst die Verwendung des Begriffs im Bundestag diskursanalytisch nach Laclau/Mouffe (2015). Im zweiten Schritt analysiere ich die Wirkweise bzw. die Ausrichtung der identifizierten politischen Praktiken, indem ich die generierten Erkenntnisse im Kontext von Transformation²⁵ interpretiere. Mit dieser (expliziten) transformationstheoretischen Einordnung und Reflexion möchte ich eine zusätzliche Ergänzung des Forschungsstandes zur „Energiewende“ leisten. Ich fokussiere dabei auf die Plenardebatten im Zeitraum zwischen der 14. und 18. Legislaturperiode (bzw. 1998–2017)²⁶ als Forschungsgegenstand. Den Beginn der rot-grünen Regierungszeit (1998) wähle ich als Startpunkt meiner Untersuchung, weil diese überwiegend mit dem Start der „Energiewende“ auf der policy-Ebene assoziiert wird (vgl. z.B. Morris/Jungjohann 2016: 197). Überwiegend werden dabei die Plenarprotokolle ausgewertet, die ich vereinzelt um andere Dokumente ergänze (vgl. Kapitel 4 Methodik), was ich dann für jeden Einzelfall begründe. Plenarprotokolle bieten sich für eine diskursanalytische Untersuchung an, da es sich um vollständige Transkriptionen von Plenarsitzungen handelt, die auch Zwischenrufe beinhalten. Sie stehen zudem öffentlich zur Verfügung (www.bundestag.de/services/opendata). Die computerbasierte Erforschung von Plenardebatten hat sich in den letzten Jahren erst entwickelt und befindet sich in einem permanenten Weiterentwicklungsprozess. Maschinell verarbeitbare Versionen von öffentlichen Dokumenten stehen erst seit kurzem

23 Ebenso wie in der vorliegenden Arbeit definieren Leipprand u.a. (2017) den Begriff der ‚Story-Line‘ im Anschluss an Hajer (2004) als zusammenfassende, komplexitätsreduzierende Erzählung (vgl. dazu das Rahmenpapier der Dissertation von Leipprand, im Rahmen derer die Studie eingeordnet wird, Leipprand 2017: 4). Auf den Begriff der ‚Story-Line‘ wird in Kapitel 4.2.2 noch genauer eingegangen.

24 Der Begriff der ‚Story‘ wird dabei synonym zu ‚Narrativ‘ verwendet (Leipprand 2017: 4).

25 Dabei orientiere ich mich an der Perspektive des Vorsorgenden Wirtschaftens, die ich in Kapitel 3 darlege.

26 In einem ersten quantitativen Schritt ziehe ich zudem die Jahre 1996–1998 zur Kontextualisierung hinzu, wie ich in Kapitel 4 (Methodik) begründe.

zur Verfügung, was den Entwicklungsprozess der Dokumentenanalyse weiter beschleunigt. Der Vorteil einer computerbasierten Analyse liegt vor allem in einer dadurch möglichen Bearbeitung von großen Datenmengen (Blaette 2018). Die quantitative Erhebung, die ich im ersten Schritt methodisch verwende, dient der Sondierung der Datenlage und der Strukturierung des Forschungsgegenstandes in Form des parlamentarischen Diskurses. Meine Arbeit sehe ich daher auch als Beitrag zur methodischen Entwicklung und Fundierung einer computerbasierten Plenarforschung. Ich verwende den im Project for corpus-assisted political research PolMine erarbeiteten GermaParl-Korpus²⁷ in der Version von 2017 (Blaette 2017). Die datenbasierte Vorstrukturierung des Forschungsgegenstandes dient der Präzisierung der anschließenden qualitativen Diskursanalyse (vgl. Kapitel 4 Methodik). Durch diese Methodenkombination trage ich zur methodischen Operationalisierbarkeit der Diskurstheorie nach Laclau/Mouffe (2015) und somit zur Weiterentwicklung der politischen Diskursforschung bei.

Meine Forschungsfragen, die ich im Folgenden vor dem Hintergrund meiner theoretischen Verortung und Positionierung fundiere, lauten:

- (1) *Welche Bedeutung(en) hat „Energiewende“ im Bundestag im Zeitverlauf?*
- (2) *Kann die „Energiewende“ – vor dem Hintergrund dieser Bedeutung(en) – als ein bundespolitisches Transformationsprojekt gewertet werden?*

1.2 POSITIONIERUNG UND THEORETISCHE VERORTUNG

In der vorliegenden Arbeit positioniere ich mich innerhalb der Diskurse um „Energiewende“ und Transformation derart, dass ich von einer wechselseitigen Notwendigkeit ausgehe: Eine „Energiewende“ muss in eine umfassendere (noch zu definierende) Transformation eingebettet sein. Für eine solche Transformation wiederum ist eine „Energiewende“ notwendig. Dazu bedarf es einer aktiven politischen Gestaltung. Diese Positionierung bewerte ich als von der Kernaussage her anschlussfähig an das WBGU Gutachten (2011b). Allerdings liegt meiner Position ein anderes Transformations- und Politikverständnis zu Grunde, welches ich im Verlauf der Arbeit spezifiziere.²⁸ Das WBGU Gutachten initiierte im deutschsprachigen Raum eine umfassende wissenschaftliche Debatte darüber, wie Transformation gestaltet sein kann (für eine Debatte dazu in der GAiA vgl. Bauriedl (2015); Biesecker/von Winterfeld (2013c); Brunnengräber (2014); Leggewie u.a. (2015); Unmüßig (2015)). Die wissenschaftlichen Beiträge beziehen sich dabei in unterschiedlicher Weise auf den Begriff der Nachhaltigkeit als Ziel von Transformation. Die Ansichten darüber, was genau Nachhaltigkeit bedeutet und damit zusammenhängend, wie tiefgreifend

27 Als Korpora werden in der Linguistik „large bodies of naturally occurring language data stored on computers“ (Baker 2006: 1) bezeichnet.

28 Einen Vergleich mit dem WBGU-Gutachten nehme ich dabei nicht vor. Für eine umfassende Analyse des WBGU Gutachtens und des darin enthaltenen Staats- und Transformationsverständnisses aus Perspektive Vorsorgenden Wirtschaftens vgl. Biesecker u.a. (2015).